

## ZWISCHEN ENDE UND ANFANG. DEUTSCHLAND IM JAHRE 1945\*

Von Horst Kuss

Das Jahr 1945 ist ein weltgeschichtliches Epochenjahr. Es bringt für Deutschland Entscheidungen, die in seine politische und nationale Substanz tief einschneiden: 1. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges scheidet Deutschland aus dem Kreis der europäischen Großmächte aus; 2. Deutschland gerät als besetztes Land in den Sog des weltpolitischen Gegensatzes der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion; 3. Mit der militärischen und politischen Niederlage des Deutschen Reiches geht auch seine nationale Einheit verloren. Das Jahr 1945 birgt in sich aber auch die Möglichkeit eines neuen geistigen und politischen Anfangs: 1. Die deutsche Niederlage bedeutet zugleich das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und damit das Ende von Unterdrückung und Terror; 2. An die Stelle eines übersteigerten Nationalismus treten als neue politische Zielvorgaben Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, in abgestufter Form auch sozialer Fortschritt oder Sozialismus; 3. Das politische Leben in Deutschland – jedenfalls in seinem westlichen Teil – kann, wenn auch noch erheblich eingeschränkt durch eine rigide Besatzungsherrschaft, nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien neu aufgebaut werden. Der epochale Charakter des Jahres 1945 muß demnach unter verschiedenen, sich scheinbar auch widersprechenden Aspekten gesehen werden: Neben der militärisch-politischen Niederlage steht die politische Befreiung, neben dem territorialen Verlust der Gewinn geistiger und kultureller Möglichkeiten, neben der Zerstörung des deutschen Geistes und der deutschen Städte die Hoffnung auf Rückkehr in die Tradition des europäischen Humanismus und in die Familie der Völker. Niederlage und Befreiung sind, will man eine Kurzformel benutzen, die beiden Eckpunkte, zwischen denen sich das deutsche Dasein im Jahre 1945 bewegt, und je nach persönlichem Erleben, je nach historischer Bewertung dieses Jahres wird das eine Mal die Niederlage, das andere Mal die Befreiung im Vordergrund stehen.

Den meisten Zeitgenossen des Jahres 1945 waren derartige differenzierende Überlegungen fern, nicht, weil sie sie nicht gewollt hätten, sondern weil andere Dinge wichtiger waren. Fast alle Aussagen aus diesem Sommer 1945 sprechen von der Not, die den Alltag der Überlebenden bestimmt und die das gesellschaftliche Leben auf die kleinste soziale Einheit, die Familie, reduziert hat; andere Gedanken, politische Hoffnungen oder Pläne, wurden nur selten ausgesprochen. „In diesen Tagen wurde die offizielle Kapitulation bekanntgegeben, erst die jener Armeen, die im Westen gestanden hatten, in Reims und dann die der gesamten Wehrmacht in Karlshorst“, so beschreibt ein Miterlebender die Stimmung, die viele Deutsche in jenen Maitagen beherrscht hat:

\*Ergänzter und um die Literaturangaben erweiterter Text eines Vortrages, gehalten am 8. Mai 1985 in der Universität Göttingen und im Kulturzentrum der Stadt Oldenburg i.O.

„Das Ende des Reiches, das sich eben noch angeschickt hatte, die Welt zu unterwerfen, wurde mit großem Gleichmut aufgenommen, und der unheilvolle Mann, der das alles heraufgeführt hatte, war über Nacht nahezu vergessen. Die Not beherrschte die Gefühle und Gedanken, die Erleichterung, daß alles vorüber und daß man selber davongekommen war ... Aber das Reich war wie vom Erdboden verschluckt, kaum einem wurde in diesen Tagen der Katastrophe klar, daß das alte Deutschland aufgehört hatte zu existieren, und daß es wohl nie wiederkehren würde. Die ständige übergroße Spannung hatte die Empfindungskraft der Menschen gelähmt; jeder von uns war nur noch mit sich selbst beschäftigt“ (D. Güstrow 1983, S. 58). Das öffentliche Leben war in Deutschland zusammengebrochen, das politische Gefüge war nach dem Verschwinden der nationalsozialistischen Partei völlig aufgelöst, aller gesellschaftlicher Verkehr schien aufgehoben zu sein. Deutschland lag in jeder Beziehung in Trümmern.

Das Ausmaß der Zerstörung, das insbesondere viele Großstädte betroffen hatte, hinterließ bei allen, deutschen wie ausländischen, Betrachtern einen zutiefst deprimierenden Eindruck. Beim Anblick des zerstörten Berlins fühlten sich manche Besucher an die Ruinen von Rom oder Karthago erinnert, aber auch Köln, Aachen oder Frankfurt a.M. konnten einen ähnlichen Eindruck erwecken. „Was ich sah“, heißt es in einem Bericht ein Jahr nach Kriegsende (W. Dufner 1982, S. 152), „waren Trümmer, Steinhäufen, alte und junge Frauen, die Erde schippten und Mauern einrissen. Im Zentrum von Frankfurt Bretterbuden, wo einst stattliche Häuser standen, Hitze und Brandgeruch. Ich werde diesen bittersüßlichen Brandgeruch, der über allen Trümmerstädten lag, nie vergessen. Finis Germaniae, dachte ich ...“ Unmittelbare Folge der Zerstörung der Städte war die Vernichtung von Wohnraum: Von den 15,8 Millionen Wohnungen, die es vor dem Krieg im Deutschland der späteren vier Zonen gegeben hatte, waren ungefähr ein Viertel völlig zerstört oder so sehr beschädigt, daß sie neu gebaut werden mußten. Die Wohnungsnot wurde noch dadurch verschärft, daß die vielen Flüchtlinge, Vertriebenen oder auch die aus den Lagern befreiten Opfer des Nationalsozialismus unterzubringen waren, verschärft aber auch dadurch, daß die Siegermächte viele intakte und große Häuser für die eigene Verwendung beschlagnahmten. Jeder verfügbare Wohnraum war überbelegt, und neben den Normalwohnungen wurden zahllose Notwohnungen in Baracken, Bunkern, Kellern, Gartenlauben, Wohnwagen, Ställen oder Nissenhütten eingerichtet. Das Elend der Wohnsituation mit all ihren negativen Folgen für die körperliche und seelische Gesundheit ihrer Bewohner wurde das auffallendste Merkmal der ersten Nachkriegsjahre.

Der Mangel an Nahrung war das andere drängende Problem, vor das sich jeder gestellt sah: Konnte das Deutsche Reich vor dem Krieg noch etwa 80% seines Ernährungsbedarfs aus eigener Herstellung decken, so erreichte jetzt die Nahrungsmittelproduktion in den drei Westzonen nur noch 35% des Bedarfs, höchstens aber 50%, nachdem die vorkriegszeitliche Kalorienmenge von 3.000 pro Kopf und Tag auf 1.800 Kalorien herabgesetzt worden war. Sollte diese Norm durchgehalten werden, so mußten von den Besatzungsmächten erhebliche Mengen von Lebensmitteln eingeführt werden.

Die Folge war, daß der Alliierte Kontrollrat die Kalorienzahl noch einmal herabsetzte, und zwar auf 1.550, und daß sich die Lage in den vier Zonen bald sehr unterschied, wobei die US-Zone die am besten, die französische Zone die am schlechtesten versorgte war. Hinzu kam, daß, wie schon im Dritten Reich, alle Waren bewirtschaftet wurden, d.h., daß Lebensmittel nur gegen Lebensmittelkarten, andere Waren nur gegen Bezugsscheine zu erhalten waren. Das Ergebnis dieser aufgeblähten Zwangswirtschaft, die im wesentlichen den Mangel zu verwalten hatte, war ein Ausweichen auf teilweise Selbstversorgung durch Garten, Kleintierzucht und Hamsterfährten, manchmal auch durch Diebstahl – man sprach von „Organisieren“ oder „Fringsen“ – und das Aufkommen eines Schwarzen Marktes, der im Rückblick zuweilen pittoreske und komische Züge annimmt, der aber aus der bitteren Not erwachsen war. Dieser Schwarzhandel setzte unmittelbar nach der deutschen Niederlage ein und hatte als eine Folge die zunächst ungewollte Annäherung von Deutschen und Besatzungssoldaten, die sich hierbei nicht nur geschäftlich näherkamen.

Straßen und Eisenbahnen waren – soweit es sie noch gab – in den Monaten nach Kriegsende überfüllt. Fast jeder zweite Deutsche war unterwegs: als Kriegsgefangener oder Heimkehrer, als Evakuierter oder Überlebender eines nationalsozialistischen Zwangslagers, als Flüchtling oder Vertriebener. Unterwegs waren auch die nach Millionen zählenden Ausländer, die während des Krieges in das Reich geholt worden waren und die jetzt, sofern sie nicht bald in ihre Heimat gelangten, zu „Displaced Persons“, zu heimatlosen Ausländern, wurden. Das Schicksal der Heimatlosigkeit, das alle diese Menschen kennzeichnete, soll an zwei sozialen Gruppen unter ihnen veranschaulicht werden: an den „Displaced Persons“, kurz auch DPs genannt, und an den ostdeutschen Flüchtlingen und Vertriebenen.

Bei den DPs handelte es sich um eine sehr gemischte Personengruppe, die aus ehemaligen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen aus allen europäischen Ländern, aber auch aus solchen Osteuropäern bestand, die entweder aus politischen Gründen in ihre Heimat nicht mehr zurückkehren wollten oder von da geflohen waren oder während des Krieges mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten. Unter den 9,62 Millionen DPs, die sich bei Kriegsende auf deutschem Boden aufhielten, waren 2,4 Millionen Sowjetbürger und 2,1 Millionen Franzosen. Etwa 4,622 Millionen dieser Ausländer wurden von Mai bis September 1945 aus den Westzonen repatriert, aber noch im Frühjahr 1947 hielt sich knapp eine Million von ihnen in Deutschland auf, vor allem in der amerikanischen und britischen Besatzungszone. Die Repatriierung der DPs wurde zu einem politischen Problem, in das die westlichen Besatzungsmächte und die osteuropäischen Regierungen, besonders die sowjetische und polnische, verwickelt waren, da viele DPs aus politischen Gründen oder aus Angst vor einer harten Bestrafung eine Rückkehr in ihre Heimat nicht mehr wünschten. Vier Jahre nach Kriegsende waren es immer noch über 400.000 heimatlose Ausländer, die sich in den drei Westzonen aufhielten, darunter vorwiegend Polen, Balten, Ukrainer, Jugoslawen und Tschechen. Bald wurden die DPs, die meistens in geschlossenen Lagern lebten und auf ihre



Heimkehr oder eine Auswanderung nach Amerika, Australien oder England warteten, zu einem sozialen Problem: Viele hatten keine reguläre Arbeit, viele nahmen am Schwarzhandel teil, manche bildeten marodierende Banden, gegen die dann die Besatzungsmacht mit z.T. erheblichen Strafmaßnahmen einschreiten mußte. Die meisten Deutschen haben an die DPs nur unfreundliche Erinnerungen. Denn diese Ausländergruppe wurde meistens nur als Gefahr wahrgenommen, ohne daß es zwischen Deutschen und heimatlosen Ausländern, die als Opfer des Krieges nach Deutschland gekommen waren, zu größeren Kontakten oder gar zu gegenseitigem Verstehen gekommen wäre. Dem widerspricht nicht, daß es im Einzelfall zu normalen menschlichen Beziehungen kommen konnte und daß schließlich die zurückbleibenden Ausländer in die deutsche Nachkriegsgesellschaft hineingewachsen sind.

Alle diese Wanderungsbewegungen der Evakuierten, der Kriegsgefangenen und Befreiten wurden übertroffen durch die Bevölkerungsverschiebung, die sich aus Flucht und Vertreibung aus Ostdeutschland und Ostmitteleuropa ergeben hat. Der epochale Charakter dieses Geschehens wurde von den Zeitgenossen als so einmalig und tiefgreifend empfunden, daß er in der historischen Erinnerung der Deutschen alle anderen demographischen Veränderungen überdeckt hat. Tatsächlich ist dieser Vorgang in seinen Dimensionen und in seinen historisch-politischen Auswirkungen in der neueren Geschichte Europas ohne Beispiel. Denn die Verlegung der deutschen Ostgrenze auf die Linie von Oder und Neiße bedeutet die Rücknahme auf die ethnische Ausgangsposition des hohen Mittelalters, bevor die Länder Schlesien, Pommern und (Ost-) Preußen von der deutschen Ostkolonisation erfaßt wurden. Die neue deutsch-slawische Grenze (gegenüber Polen wie auch der Tschechoslowakei) entspricht im Ergebnis ungefähr dem Zustand, wie er um das Jahr 1000 geherrscht hat.

Die Entscheidung der alliierten Siegermächte, das im Osten verkleinerte Polen durch deutsche Gebiete zu entschädigen, beinhaltet zugleich die Absicht, die deutsche Bevölkerung auszuweisen. Welche demographische Umwälzung aus diesem Beschluß folgen mußte, erhellt ein Blick auf die Bevölkerungsstatistik: Im Februar/März 1944 lebten in den Provinzen Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien insgesamt 9.758.000 deutsche Staatsangehörige, eine Bevölkerungszahl, die ungefähr der des heutigen (1984) Belgiens oder Portugals entspricht. Im gleichen Jahr wurden in Danzig, im Memelland und in Polen 2.140.000 Deutsche gezählt, davon allein in Danzig 404.000. Die Entscheidung, aus diesen Gebieten alle Deutschen auszuweisen, betraf somit über 11 Millionen Menschen, die bei Kriegsende in den Strudel von Flucht, Vertreibung oder Umsiedlung hineingeraten sind. Viele Deutsche, vor allem aus Ostpreußen, Polen und Oberschlesien, waren vor der heranrückenden sowjetischen Armee geflohen oder evakuiert worden, so daß hier im Sommer 1945 die deutsche Bevölkerung auf etwa 5,65 Millionen abgesunken war; sie entsprach damit immer noch der Bevölkerungszahl der Schweiz (1978). Gleich nach Kriegsende setzte, vor allem in den Bereichen, die der Oder-Neiße-Linie am nächsten lagen, die gewaltsame und noch unsystematische Entfernung der deutschen Einwohner ein. Eine zweite Phase der

Vertreibung begann nach den Potsdamer Beschlüssen im Herbst 1945, eine dritte, die umfangreichste, erfüllte das ganze Jahr 1946, bis schließlich in den Jahren 1950/51 die Ausweisungen, die gegen Ende der 1940er Jahre in geordnetere Umsiedlungen übergegangen waren, ihren Abschluß fanden. Die Zahl der Opfer, die die Kriegseinwirkungen und die gewaltsamen Vertreibungsaktionen gefordert haben, wird auf 2,167 Millionen geschätzt. Nicht anders als den Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten erging es allen jenen Deutschen, die als geschlossene Volksgruppe oder in Streusiedlung in anderen ost- und südosteuropäischen Staaten lebten: den Deutschen in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Jugoslawien. Die Zahl aller Flüchtlinge und Vertriebenen, die bis September 1950 in das restliche Deutschland gelangten, beträgt über 12 Millionen. Allein schon die genannten Zahlen verweisen auf den epochalen Charakter, der dieser demographischen Bewegung zuzusprechen ist.

Was in diesen Tagen und Monaten, während des Einmarsches der Roten Armee und der folgenden sowjetisch-polnischen Besatzungszeit die Ostdeutschen erlebt und erlitten haben, ist ein Kapitel für sich, dessen Darstellung noch aussteht. Es war Eroberung in ihrer brutalsten Form, wie man sie in diesen Landstrichen zum letzten Mal im 18. Jahrhundert kennengelernt hatte.

Der Zustrom der geflüchteten oder vertriebenen Ostdeutschen ging in die vier Besatzungszonen, ohne allerdings gleichmäßig auf diese verteilt zu werden. Aber schon im Oktober 1946 machte die Zahl der Flüchtlinge im Durchschnitt aller vier Besatzungszonen und Berlins einen Anteil von 14,9% an der Gesamtbevölkerung aus. Welche ungeheuren wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Probleme aus so hohen Zuwanderungsraten erwuchsen, bezeugen übereinstimmend alle amtlichen Verlautbarungen wie auch privaten Berichte der frühen Nachkriegszeit. „Und dann kamen die ersten Flüchtlinge aus dem Osten“, schreibt eine Gutsbesitzerin aus Südwestdeutschland. „Sie kamen in Transporten, wie damals die Mädchen aus der Ukraine. Sie trugen alles, was sie noch besaßen, in Kartons oder alten Pappkoffern. Zu uns kamen eine Familie aus dem Sudetenland, ein Förster aus Ostpreußen mit seiner Frau, eine Familie aus Oberschlesien und eine aus der Lausitz. Sie waren verwirrt und fühlten sich fremd in diesem Teil Deutschlands ... Und alle waren fest davon überzeugt, daß die Russen auch hierher, in den Süden Deutschlands kämen“ (W. v. Staden 1979, S. 138 f.). Beide Bevölkerungsgruppen, die einheimischen und die zugewanderten Deutschen, mußten unter schwierigen Bedingungen erst lernen, miteinander zu leben und auszukommen. Mit der wachsenden Erkenntnis, daß die Ausweisung aus der früheren Heimat endgültig ist, wuchs auch auf beiden Seiten die Bereitschaft, sich anzupassen und zu integrieren.

Alle diese demographischen Veränderungen sind für die deutsche Nachkriegsgeschichte kaum zu überschätzen. Regionale und konfessionelle Strukturen wurden durch die Massenwanderung aufgehoben, wie überhaupt das deutsche Volk in unvorstellbarer Weise durchmischt worden ist. Wieweit die Verbindung neuer und alter Bevölkerungs-

gruppen zu einer tiefgehenden Veränderung in den politischen, religiösen und moralischen Verhaltensweisen geführt hat, muß im einzelnen noch untersucht werden.

Als die Alliierten Deutschland besetzten, verstanden sie sich nicht als Befreier, sondern als Sieger. „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat“, heißt es lapidar in einer Dienstanweisung an den amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland. Aussagen westallierter Offiziere, Politiker und Journalisten zeigen eine Mischung von Empörung, Enttäuschung und manchmal auch Ratlosigkeit, wenn sie die politische und moralische Einstellung der deutschen Bevölkerung im Sommer 1945 beschreiben. Widerstand oder Sabotage gab es nur in einzelnen Fällen, statt dessen waren Apathie und die Bereitschaft, die kommenden Dinge hinzunehmen, weit verbreitet. Kontakte zwischen Deutschen und Besatzungsmächten waren anfangs auf die notwendigen dienstlichen Angelegenheiten beschränkt; wenn es Ausnahmen gab, dann am ehesten in der sowjetischen Besatzungszone. General Clay, der Chef der amerikanischen Zivilverwaltung, beschreibt im Juli 1945 die deutschen Massen als völlig unpolitisch, apathisch und in erster Linie damit beschäftigt, die täglichen Probleme von Nahrung, Kleidung und Wohnung zu bewältigen. Unfaßbar erschien vielen Alliierten die deutsche Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen. „In den ersten Tagen konnte man keinen einzigen Nazi in Deutschland finden; das ist längst vorbei. Jetzt gibt es viele Deutsche, die zugeben, Mitglied der Nazipartei gewesen zu sein ...“, heißt es in einem amerikanischen Bericht von Anfang April 1945. Manche Deutsche, die Mitglied der NSDAP gewesen waren, wiesen darauf hin, daß sie in die Partei hätten eintreten müssen, aus beruflichen oder anderen Gründen. „Es ist weitgehend auf diese Selbstrechtfertigung zurückzuführen, daß unter den Deutschen ein klares Bewußtsein ihrer Niederlage und deren Implikationen völlig fehlt“, fährt der Bericht fort und erklärt solche psychologischen Ausflüchte mit einem tiefsitzenden, aber verdrängten Schuldgefühl unter den Deutschen. Auch General Clay muß acht Wochen nach Kriegsende feststellen, daß ein allgemeines Gefühl von Kriegsschuld oder eine breite Ablehnung der nationalsozialistischen Idee oder des Regimes kaum zu erkennen sei. „Die Deutschen beschuldigen die Nazis, den Krieg verloren zu haben, behaupten, die Verbrechen des Regimes nicht gekannt zu haben und lehnen es ab, das Regime unterstützt zu haben, und wenn, dann nur gelegentlich und weil es unvermeidbar war.“ Margaret Bourke-White, die als amerikanische Fotoreporterin mit den US-Truppen die Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Leipzig-Mochau erlebt hatte, fragte unter dem Eindruck dieser Erlebnisse: „Wie waren die Deutschen wirklich? Was war das für ein Volk, dessen passive oder auch kriminelle Fügsamkeit solche bösen Mächte hatte heranwachsen lassen? Wie tief hatte sich der Gärstoff in den geheimen Tiefen von Hitlers Land in die Seele des Durchschnitts-Deutschen gefressen? Wenn wir unter die Oberfläche des Besiegteins blicken könnten, was für ein Wesen würden wir entdecken?“ Und ein britischer Wochenbericht aus der Provinz Hannover von Ende Juni sagt fast resignierend: „Offen gesagt, ich finde, man kann die Deutschen nur schwer begreifen. Sie sehen so freundlich aus, und man wundert sich, wie ihre Söhne und Brüder Dinge haben

tun können, von denen ich überzeugt bin, daß sie sie getan haben.“ Es ist zu vermuten, daß solche und ähnliche Eindrücke die Linie der Besatzungspolitik verstärkt haben, die auf Bestrafung und Umerziehung aus war, zumal im Sommer 1945 unter den vier Mächten noch keine gemeinsame konstruktive Deutschlandpolitik erkennbar war.

Wenn die Alliierten sich 1945 nicht als Befreier verstanden haben, sondern eher als Überwinder eines bösen Prinzips, nämlich des Nationalsozialismus, so stellt sich die Frage für die deutsche Seite ungleich schärfer: Sind die Deutschen befreit oder besiegt worden? Eine Antwort darauf wird zu trennen haben zwischen dem späteren historisch-politischen Urteil und dem Empfinden derer, die das Jahr 1945 erlebt haben. Im historischen Rückblick liegt insofern ein Akt der Befreiung vor, als Europa und auch das deutsche Volk vom Terror und den unmenschlichen Zielsetzungen des Nationalsozialismus befreit worden sind, aber auch ein Akt der Eroberung, der zu einem totalen Zusammenbruch Deutschlands und seiner zeitweiligen politischen Entmündigung geführt hat. Die Zeitgenossen – abgesehen von den deutschen Widerstandskämpfern und Verfolgten, die erst durch die Alliierten ihre Freiheit wiedererlangen konnten – haben die anrückenden Armeen der Siegermächte gewöhnlich nicht als ihre Befreier angesehen, allein schon deswegen nicht, weil diese dies auch gar nicht sein wollten. Gleichwohl ist das Meinungsbild zeitgenössischer oder späterer Äußerungen über das Jahr 1945 uneinheitlich, zuweilen unsicher, manchmal auch widersprüchlich, und es hängt sehr davon ab, wo und wie die deutsche Bevölkerung den Einmarsch der alliierten Truppen erlebt hat, ob, wie in Ostdeutschland, der sowjetisch-polnischen Besetzung die völlige Entrechtung der Deutschen gefolgt ist oder ob, wie es in allen vier Zonen zu beobachten war, die Besatzungsmächte bald eine allgemeine Besserung der Lage erhoffen ließen, oder ob gar, wie in den westlichen Zonen vielerorts nachweisbar, sich rasch eine Affinität der politischen Ansichten zwischen Deutschen und Westmächten herausbilden konnte. Letztlich waren es Formen und Ziele der Besatzungsherrschaft, die im Bewußtsein der Zeitgenossen wie auch in der späteren historisch-politischen Beurteilung den Maßstab dafür abgaben, ob aus der Niederlage auch ein Akt der Befreiung werden konnte.

War die militärische und politische Niederlage im Bewußtsein der meisten Deutschen schon eine Katastrophe, so noch mehr die sie begleitende moralische, die vor allem aus dem wachsenden Bekanntwerden der Verbrechen erwuchs, die die Nationalsozialisten im deutschen Namen begangen hatten. „Und dann kamen nach und nach die entsetzlichen Offenbarungen über die ganze Wirklichkeit der Konzentrationslager, über die alles Vorstellbare übersteigenden Verbrechen gegen die Juden. Den meisten waren vorher bedrückende Einzelheiten entsetzt zugeflüstert worden. Was wirklich geschah, ermaßen die wenigsten und wollten es noch lange nicht glauben.“ Diese Aussage eines miterlebenden Historikers (Tellenbach 1981, S. 104) dürfte darin repräsentativ sein, daß sie einerseits das Entsetzen ausdrückt, das viele angesichts dieser Offenbarungen befallen hatte, andererseits belegt, daß viele Deutsche von diesen Verbrechen ahnten oder gar wußten, diese aber nicht glauben und lieber verdrängen wollten. Das Bewußt-



sein, Schuld auf sich geladen zu haben, konnte sich aber bei vielen erst allmählich und, wie auch die Alliierten immer wieder festgestellt haben, nur mit inneren Widerständen durchsetzen. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis der Evangelischen Kirche vom 19. Oktober 1945 stieß keineswegs auf die Zustimmung aller Deutschen.

Entsetzen und Befreiung sind die beiden Aspekte, mit denen sich die Stimmungslage des Mai 1945 beschreiben ließe: Befreiung von Krieg und Gewalt, Entsetzen über eigenes Vergehen, aber auch Entsetzen über eine Besatzungsherrschaft, die die Besiegten entmündigte und bestrafte und vorerst wenig Aussicht auf einen neuen Aufstieg verhielt. Obwohl sich seit dem Kriegsende in ganz Deutschland demokratische politische Kräfte regten, waren die meisten Deutschen der Politik überdrüssig und lehnten eine politische Betätigung ab. „Uns bleibt ...: Harte Arbeit auf lange Sicht, mit wenig Hoffnung auf unmittelbares Glück“, so schätzte der Heidelberger Philosoph Karl Jaspers im Herbst 1945 die deutsche Zukunft ein. Wie groß gerade unter den jüngeren, aufbauwilligen Kräften die Enttäuschung über die politische und wirtschaftliche Stagnation in den ersten Jahren der Besatzungsherrschaft war, verdeutlicht eine Zeichnung in einer politisch-literarischen Zeitschrift (*Der Ruf*) vom Dezember 1946 unter der Überschrift „Das einzige Weihnachtsgeschenk“: Ein kleines Mädchen sitzt vor einem Weihnachtsbaum und liest in einem Buch, das den Titel „Rückeroziehung“ hat. Der Weihnachtsbaum ist mit Kerzen und Kugeln geschmückt, unter denen jeweils Kärtchen mit Inschriften wie diesen angebracht sind: Flüchtlinge, Demontage, Pommern, Schlesien, Reparationen, Deportationen, Kalte Öfen, 1.500 Kalorien, Flüchtlinge, Saargebiet. An der Spitze des Baumes breitet ein Rauschgoldengel seine Arme aus, zwischen denen zu lesen ist: Zonengrenzen. Kürzer und treffender konnte Deutschland ein Jahr nach dem Krieg nicht beschrieben werden: in Not und – wie es schien – ohne Hoffnung.

Ohne Hoffnung wollte auch Hitler sein Volk zurücklassen, als er im März 1945 Albert Speer gegenüber zugeben mußte, daß der Krieg verloren sei: „Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen“ (A. Speer, *Erinnerungen* 1969/1976, S. 446). Diese Aussage, mit der Hitler das deutsche Volk dem Nichts überantwortet hat, entspricht genau seiner politischen Maxime, daß „Deutschland entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein“ würde (Mein Kampf, 1933, S. 742). Der Krieg war unter dieser Voraussetzung bewußt angestrebt worden, und in der Konsequenz dieses Denkens konnte er nur ein Ende haben, nämlich dies, daß Deutschland alles gewinnt oder alles verliert. Die Ziele, die die nationalsozialistische Reichsführung sich für diesen Krieg gesetzt hatte, überstiegen nicht nur jene, die die Reichsleitung im I. Weltkrieg gehabt hatte, sie waren auch qualitativ völlig andere: Der Krieg im Osten war als rasseideologischer Vernich-



tungskrieg angelegt, der zur Unterwerfung und Dezimierung der slawischen Völker führen sollte, der im Westen war dazu bestimmt, abhängige Satellitenstaaten zu schaffen, um so, im Osten wie im Westen, die Grundlagen für ein groß-germanisches Reich und damit die Voraussetzung für die Weltherrschaft zu erlangen. Die Kriegsziele der Alliierten waren, gewissermaßen als Antwort auf die deutschen Pläne, entsprechend gestaltet: Auch sie enthielten mehr als nur die Absicht, das Deutsche Reich machtpolitisch auszuschalten. „Vernichtung der Nazityrannei“ hieß das Ziel, dem sich die angelsächsischen Mächte USA und Großbritannien in der Atlantikcharta (12.8.1941) unterstellt haben, womit deutlich ausgesprochen war, daß dieser Krieg von den Westmächten, wie auch dann von der Sowjetunion, als ein ideologischer und nicht nur als ein machtpolitischer Krieg begriffen wurde. Folglich wurde für Deutschland bald, am 23. Januar 1943, ein einziges Kriegsziel formuliert: die bedingungslose Kapitulation, deren eigentlicher Sinn darin bestand, den siegreichen Alliierten die uneingeschränkte Handlungsfreiheit gegenüber dem besiegten Reich zu gewährleisten.

Die konkreten Kriegsziele der Alliierten waren aber keine einheitlichen. Denn das Bündnis der „Großen Drei“ – der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens – beruhte nicht auf gemeinsamen Idealen und Zielsetzungen, sondern war einzig zu dem Zweck geschlossen worden, das nationalsozialistische Deutschland niederzuwerfen und damit eine deutsche Vorherrschaft über Europa zu verhindern. Dementsprechend verschieden waren auch die Vorstellungen, was mit einem besiegten Deutschland geschehen und wie eine neue politische Ordnung Europas aussehen sollte. Das gemeinsame politisch-militärische Interesse der Alliierten war somit im Augenblick der deutschen Niederlage beendet und trat hinter die machtsstaatlichen Vorstellungen der einzelnen Siegermächte, zu denen seit 1945 auch Frankreich gehörte, zurück. Im Widerstreit dieser Interessen entschied sich auch das Schicksal Deutschlands.

Über die Zukunft Deutschlands haben bis zum Kriegsende die alliierten Außenminister oder Regierungschefs auf mehreren Konferenzen, von denen die von Teheran (Nov./Dez. 1943) und Jalta (Febr. 1945) die bekanntesten sind, beraten. Jedesmal spielte dabei der Gedanke einer Aufteilung Deutschlands eine Rolle, ohne daß es jedoch zu endgültigen Entscheidungen gekommen wäre. Fest verabredet wurde dagegen, daß Polen als Ausgleich für seine an die Sowjetunion verlorenen Ostgebiete im Westen durch deutsche Gebiete entschädigt, daß Deutschland in Zonen aufgeteilt und besetzt werden sollte und daß von dem besiegten Reich erhebliche Reparationen zu fordern wären. In der Grenzfrage haben die Sowjets bald vollendete Tatsachen geschaffen: Sie übergaben die von ihnen eroberten ostdeutschen Gebiete der provisorischen polnischen Regierung, die ihrerseits am 14. März 1945 in Ausübung ihrer hoheitlichen Rechte die vier Wojwodschaften Masuren, Oberschlesien, Niederschlesien und Pommern errichtet hat. Die Sowjetunion hatte damit noch vor dem Ende des Krieges eine Entscheidung getroffen, die von den Westmächten nicht gebilligt war, die rückgängig zu machen diese aber kaum imstande waren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese einseitige

Entscheidung der Sowjets mit dem ebenso einseitigen Entschluß zusammenhängt, von dem Konzept der Aufteilung Deutschlands abzurücken. Denn die Abtrennung der ost-deutschen Gebiete schien Deutschland schon so zu schwächen, daß eine Zerstückelung, die diesem Zweck dienen sollte, nicht mehr nötig erschien. Bereits am 26. März 1945 hatte der sowjetische Vertreter in der Europäischen Beratenden Kommission in London — diese Kommission hatte übrigens schon im September (12.) des Vorjahres die Zoneneinteilung festgelegt — mitgeteilt, daß seine Regierung ein „dismemberment of Germany“ nur als Möglichkeit, nicht als festes Ziel betrachte. Der endgültige Wandel der sowjetischen Haltung wurde offenbar, als Stalin am 9. Mai in Moskau erklärte: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, auch wenn sie sich nicht anschickt, Deutschland zu zerstücken oder zu vernichten.“ Seitdem war die Aufteilung Deutschlands für die großen Siegermächte — Frankreich machte da eine Ausnahme — kein politisches Ziel mehr.

Als die Vertreter der deutschen Wehrmacht zuerst am 7. Mai in Reims, dann noch einmal am 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation unterzeichneten, war die deutsche Niederlage eine totale. General de Gaulle konnte in diesen Tagen vor der französischen Beratenden Versammlung erklären (Steininger, Bd. 1, 1983, S. 68): „Die Größe des Sieges entspricht den Ausmaßen des Krieges ... Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich vollständig zerstört.“ Tatsächlich hatte in den Augen der Siegermächte nicht nur die Wehrmacht, sondern auch der deutsche Staat bedingungslos kapituliert. Die Auflösung der Regierung Dönitz, die am 23. Mai in gewaltsamer und unwürdiger Form erfolgte, war die letzte Konsequenz der Casablanca-Politik des „unconditional surrender“. Den Schlußstein dieser Politik bildete die alliierte „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ vom 5. Juni 1945, in der die vier Siegermächte in einer einseitigen Deklaration die oberste Regierungsgewalt in Deutschland auch de iure übernommen haben. Fortan galt als Leitsatz die Bestimmung des Artikels 13 dieser Deklaration: „Alle deutschen Behörden und das deutsche Volk haben den Forderungen der Alliierten Vertreter bedingungslos nachzukommen und alle solchen Proklamationen, Befehle, Anordnungen und Anweisungen uneingeschränkt zu befolgen.“ Deutschland war kein eigenständiges, völkerrechtliches Subjekt mehr, sondern zu einem Objekt völliger Fremdbestimmung geworden.

Am augenscheinlichsten kam dieser Zustand auf der Konferenz von Potsdam zum Ausdruck: Die Großen Drei — Stalin, Truman, Churchill / ab 28. Juli: Attlee — entschieden über ein Land, das keine Regierung mehr besaß, dessen Grenzen zur Disposition standen und dessen Bevölkerung zu bestrafen und umzuerziehen war. „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden ...“ Neben solchen Sätzen, die die alliierte Politik des Bestrafens bekräftigen sollten, enthält die Potsdamer Erklärung aber auch Hinweise, aus denen die Besiegten Hoffnung schöpfen durften: „Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die

Möglichkeit geben, sich vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen ...“ Wenngleich die Potsdamer Erklärung in ihrer Mehrzahl solche Beschlüsse enthält, die für den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft zerstörerisch gewirkt haben, so ist doch nicht zu übersehen, daß die Siegermächte bereit waren, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, in fernerer Zeit seinen Platz unter den freien Völkern wieder einzunehmen. Die Beschlüsse von Potsdam sind nur dann richtig zu beurteilen, wenn man sie auf dem Hintergrund des Krieges und der Politik sieht, die die Deutschen als Besatzungsmacht z.B. in Polen betrieben haben.

Neben der Regelung des Problems der deutsch-polnischen Grenze sind es vor allem drei Entscheidungen, die die weitere Entwicklung Deutschlands maßgeblich bestimmt haben: Die Aufteilung in vier Zonen, die Beschlüsse über die innerpolitische Gestaltung des Besatzungsgebietes und der Kompromiß in der Frage der Reparationen, die Deutschland zu zahlen hatte. Dies bedeutete im einzelnen: Die höchste Regierungsgewalt wird durch die Oberbefehlshaber der vier Siegermächte übernommen, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone. Alle vier Militärgouverneure zusammen bilden den Kontrollrat, der, gleichsam als Ersatzregierung, für alle Fragen zuständig ist, die Deutschland als Ganzes betreffen. Unterhalb des Kontrollrats sollen deutsche Verwaltungszentralen, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, errichtet werden. Ziele der Besetzung Deutschlands sind seine völlige Abrüstung und Entmilitarisierung, die Entnazifizierung und Demokratisierung seines politischen Lebens und die Verhaftung und Bestrafung aller Kriegsverbrecher, aller führenden Nationalsozialisten und, wie es wörtlich heißt, „aller anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind“. In der deutschen Wirtschaft soll „das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch)“ gelegt werden, vor allem aber sei die deutsche Kriegsindustrie sowie alle entbehrliche Industrie zu demontieren und zu vernichten. Die Reparationen, deren Höhe während der Jalta-Konferenz auf 20 Milliarden Dollar angesetzt war, werden jetzt nicht auf eine bestimmte Summe festgelegt, sondern auf die einzelnen Zonen bezogen, und zwar so, daß jede Besatzungsmacht ihre Ansprüche aus ihrer Zone befriedigen kann; zusätzlich werden der Sowjetunion noch 25% der Reparationen aus den westlichen Zonen zugesprochen, 15% davon im Austausch gegen Lebensmittel und Rohstoffe, 10% ohne jede Gegenleistung.

Die Potsdamer Vereinbarungen belegen einerseits die Absicht der Alliierten, ihre politische Zusammenarbeit fortzusetzen, zeigen andererseits aber in der Unbestimmtheit mancher Formulierungen, wie schwer es war, die Verschiedenheit der politischen Interessen zu überdecken. „Unter diesem Aspekt der Ambivalenz, der ja zugleich charakteristisch für die ersten Jahre der Besatzungspolitik in allen Zonen ist, sind daher“, wie Christoph Kleßmann (1983, S. 32) betont, „die wichtigsten Bestimmungen des Abkommens zu sehen“. Diese Doppeldeutigkeit wird in den eben skizzierten politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen der Besatzungspolitik erkennbar: Allein



schon die Bestimmung, daß jeder Militärgouverneur in seiner Zone nach den Weisungen seiner Regierung handeln sollte, schränkte die Möglichkeiten des Kontrollrates ein und widersprach dem Ziel, die Bevölkerung in ganz Deutschland, „soweit dies praktisch durchführbar ist“, gleichartig zu behandeln. Auch konnte und hat jede Besatzungsmacht solche Begriffe wie „Demokratisierung“, „Entnazifizierung“ oder „Dezentralisierung“ anders verstanden und ausgeführt. George F. Kennan, als amerikanischer Diplomat während der Kriegsjahre nach Moskau abgeordnet, meinte schon im Herbst 1945: „Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, das mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué ... Nicht nur, weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle ... abwegig und undurchführbar sei. Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie „demokratisch“, „friedlich“, „gerecht“ in einem Abkommen mit den Russen lief allem direkt zuwider, was siebzehn Jahre Rußlanderfahrung ... gelehrt hatten“ (Memoiren, Bd. 1, 1971, S. 265). Zwar lehnen sich die Abschnitte über die Verantwortung des deutschen Volkes, über die Entnazifizierung und über die spätere Möglichkeit eines demokratischen Lebens sehr eng, z.T. wörtlich, an die amerikanische Direktive JCS 1067 an, doch wäre es verwegen zu vermuten, daß sich damit das amerikanische Demokratieverständnis in Potsdam durchgesetzt hätte. Als geradezu verhängnisvoll erwies sich die Reparationslösung, die insbesondere die Ostzone dem unbegrenzten Zugriff der Sowjets ausgeliefert hat und damit die wirtschaftliche Einheit Deutschlands – denn Deutschland sollte während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden – von Anfang an gefährdet, wenn nicht gar unmöglich gemacht hat. Vieles spricht dafür, hier den Anfang der Teilung Deutschlands zu sehen, wie es neuere Forschungsergebnisse, so z.B. die von Josef Foscaphoth (VfZ 30, 1982, S. 708), nahelegen: „So kamen die drei Mächte in Potsdam überein, zur Befriedigung ihrer Reparationsansprüche Deutschland in zwei Hälften, ja Europa in eine sowjetische und eine westliche Einflußsphäre aufzuteilen.“ Die Problematik der Potsdamer Erklärung liegt im Detail ihrer Bestimmungen. Keine Frage, weder die der Grenzen noch die der Reparationen, weder die der deutschen Einheit noch die eines Friedensvertrages, wurde endgültig geregelt, weil man die bindenden Entscheidungen hinausschieben wollte. Die vorläufigen Regelungen aber schufen ihrerseits vollendete Tatsachen und setzten eine Entwicklung in Gang, die ursprünglich nicht vorgesehen war. Die Entscheidungen von Potsdam ermöglichten durchaus – dies sollte nicht vergessen werden – gerade wegen ihrer Ambivalenz eine gemeinsame Besatzungspolitik, die zu einem deutschen Friedensvertrag hätte führen können; sie erlaubten aber in gleicher Weise eine Entwicklung, die zur Entstehung von zwei deutschen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Ordnung geführt hat.

Als die Potsdamer Beschlüsse Anfang August 1945 veröffentlicht wurden, war die Realität der Besatzungspolitik ihnen schon längst vorausgeeilt: Jede Besatzungsmacht hatte sich in den drei Monaten seit dem Kriegsende angeschickt, ihre Zone nach ihren Vorstellungen zu gestalten. In den Westzonen wurde die Verwaltungsstruktur weitgehend beibehalten, das untere Verwaltungspersonal wurde, sofern es politisch unbe-

lastet war, weiter beschäftigt, die Spitzen der Verwaltung, wie Bürgermeister oder Landräte, aber auch die Spitzen der Wirtschaft wurden durch unbelastete Fachleute ausgewechselt, eine genauere politische Säuberung fand meistens erst später statt. Verwaltung und Wirtschaft behielten so eine bürokratische Kontinuität, die durch ihre Führungskräfte, die in der Mehrzahl politisch bürgerlich orientiert waren, abgestützt wurde. Ähnlich verlief die Einsetzung der ersten Provinzial- und Länderregierungen, die allein den Militärbefehlshabern verantwortlich waren. Erst die Gemeinde- und Landtagswahlen der Jahre 1946/47 brachten den neuen Behörden und Regierungen die notwendige demokratische Legitimation. Die Verwaltung war vor den politischen Parteien wiederhergestellt worden, aus dem einfachen Grunde, weil zuerst praktische Aufgaben zu erledigen waren, aber auch deswegen, weil eine politische Betätigung der Deutschen vorerst nicht erwünscht war. „Der politische Vorsprung der Administration vor der eigentlichen politischen Repräsentation“ – in dieser Aussage möchte ich mich Christoph Kleßmann (S. 72) anschließen – „wurde für die innere Entwicklung Westdeutschlands sehr bedeutsam und gibt überdies zusätzliche Hinweise auf die relativ starke föderalistische Eigenentwicklung verschiedener deutscher Regionen, die sich nicht nur aus der politisch motivierten Dezentralisierungspolitik der Westalliierten erklären läßt“. Spontane politische Entwicklungen, wie sie in den Antifa-Komitees oder Betriebsausschüssen im ganzen Vier-Zonen-Deutschland zu beobachten waren, wurden von den Alliierten mit Mißtrauen betrachtet und nach kurzer Zeit aufgehoben. Auch die Parteien waren gegenüber der Verwaltung im Rückstand, da sie zuerst nur auf lokaler und regionaler, später erst auf zentraler Ebene aufgebaut werden konnten. Eine echte Chance, in ganz Deutschland zu wirken, hatten die frühen Berliner Parteigründungen von SPD, CDU und LDP, die sich als Parteien auf Reichsebene verstanden, nicht, allenfalls die KPD, die sich auf einen homogenen Funktionärsstamm stützen konnte. Am Ende des Jahres 1945 hat sich das administrative und politische Leben in Deutschland immer mehr auf die Länder und Zonen zurückgezogen und die Ankündigung der Potsdamer Konferenz, Deutschland wenigstens als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, wurde immer unglaubwürdiger.

Auch in der Sowjetischen Besatzungszone kam es anfänglich – genau wie in den Westzonen – zu einer Wiederherstellung des alten Verwaltungsaufbaus, allerdings mit dem Unterschied, daß das dafür notwendige Personal von vornherein sehr gezielt ausgesucht wurde. Die Entscheidung darüber lag, so hatten es die in Moskau entstandenen Richtlinien der Exil-KPD festgelegt, in den Händen von zuverlässigen Genossen. Wie sehr die Interessen von sowjetischer Besatzungsmacht und den Beauftragten der deutschen KP-Führung übereinstimmen konnten, zeigt die Arbeit der Gruppe Ulbricht, die schon am 2. Mai in Berlin tätig wurde und die nach dem Prinzip vorging, die Stellen der Bürgermeister und Fachreferenten zumeist mit bürgerlichen Demokraten, Parteilosen oder Sozialdemokraten zu besetzen, die Referate für Personal-, Polizei- und Schulangelegenheiten aber ausschließlich Kommunisten zu übergeben. Die entscheidenden Stellen der Verwaltung waren damit in den Händen solcher Leute, auf die sich die Besatzungsmacht stützen konnte. Überhaupt ist die Tatsache, daß die

sowjetische Besatzungsmacht und eine ihr ergebene Funktionärsgruppe in Deutschland gemeinsame politische und wirtschaftliche Ziele verfolgten, für die weitere Entwicklung der Ostzone von maßgeblicher Bedeutung geworden. Ein vergleichbares Gegenstück gab es in den Westzonen nicht. Die frühe Zulassung von politischen Parteien – sie erfolgte am 10. Juni 1945 – regte überdies eine Politisierung der deutschen Bevölkerung an, so daß hier, anders als im Westen, die Verwaltung sich nicht zu einem beherrschenden Element entwickeln konnte. Auf dem Hintergrund dieser Weichenstellungen fielen seit dem Herbst 1945, unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz, eine Reihe von Entscheidungen, die das Gesicht der Ostzone zunehmend verändert haben: die entschädigungslose Enteignung von Banken und Sparkassen, die Bodenreform, die am 3. September in Sachsen ihren Anfang nahm, die entschädigungslose Enteignung des industriellen Eigentums und die Reform zur „Demokratisierung der deutschen Schule“. „Eine gewaltige Arbeit mußte geleistet werden, um den deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten“, heißt es in einer sowjetischen Darstellung (Sowjet. Außenpolitik, 1978, S. 88), „ihre soziale Basis, ihre Repräsentanten in der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sphäre zu liquidieren, das Bewußtsein der Menschen zu verändern“. Am Ende des Jahres 1945 war zu erkennen, daß in der Sowjetischen Besatzungszone ein tiefgreifender Wandel der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen vor sich ging, dessen erste sichtbare Folge eine immer stärker werdende Binnenwanderung von Ost nach West war. Hans Werner Richter, Gründer der literarischen „Gruppe 47“, schrieb damals – im Herbst 1946 – (Der Ruf, dtv-1962, S. 251 f.): „Was drüben geschieht, gleicht einer kalten Revolution, ist eine gewaltsame Veränderung aller bestehenden Lebensverhältnisse, der Erziehung, der Wirtschaft, der sozialen Schichtung, ja, der gesamten Struktur der menschlichen Gesellschaft. Was hier geschieht, erscheint wie eine Restauration, eine Wiederholung dessen, was einmal bestand, eine Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse, wie sie vor 1933 gegeben waren. Beides beginnt sich in den Gesichtern der Menschen auszuprägen, in ihrer Lebensform, ihrer Kleidung, ihrer ganzen Erscheinung. Drüben das proletarische Deutschland, hier die Reste des bürgerlichen. Die Zonengrenze ist der Kaiserschnitt durch Deutschlands Mitte. Er kann tödlich sein.“

Die gemeinsame Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands erwies sich bald als eine Fiktion. Unter dem Eindruck der französischen Obstruktionspolitik, die sich gegen jede deutsche Zentralbehörde, und sei es auch nur ein Amt für Statistik, wandte, und nach wachsenden Schwierigkeiten in der britisch-sowjetischen Zusammenarbeit kam schon Ende Oktober 1945 die britische Militärverwaltung zu der resignierenden Feststellung, daß die Vier-Mächte-Regierung zum Scheitern verurteilt sein könnte (U. Schneider, MGM 31, 1982, S. 104); ähnlich hatte sich General Clay schon im September geäußert. (J. Backer, Clay 1983, S. 109). Nach einem knappen Jahr Besatzungsherrschaft war der Alliierte Kontrollrat in Berlin handlungsunfähig geworden, und die Querelen der Besatzungsmächte wurden zu Bestandteilen eines weltweiten Ost-West-Gegensatzes, in dessen Zentrum Deutschland geriet. Die Teilung Deutschlands, eins der wesentlichen Ergebnisse des II. Weltkrieges, ergab sich nicht aus dem geplanten Vorsatz der einen



oder anderen Besatzungsmacht, wohl aber aus den unterschiedlichen politischen Wert- und Ordnungsvorstellungen der Siegermächte und aus einer weltpolitischen Konstellation, die aus den Verbündeten des II. Weltkrieges die Gegner im Kalten Krieg hat werden lassen. Eine vermittelnde Kraft auf deutscher Seite, die das hätte verhindern können, gab es nicht, und dies aus zwei Gründen: Soweit es noch einen Spielraum für eine eigenständige deutsche Politik gab, war diese den Interessen der Besatzungsmächte unterworfen; deutsche Politik gegen die Besatzungsmächte gab es nicht. Entscheidender ist aber der andere Grund: Alle bisher geltenden nationalen Werte waren, wie Waldemar Besson schon vor fünfzehn Jahren betont hat, nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft fragwürdig geworden. Es gab deshalb keinen erfolgsversprechenden Ansatzpunkt für eine neue Nationalbewegung, auch wenn alle politischen Manifeste des Jahres 1945 – vom Buchenwalder Manifest der demokratischen Sozialisten (13.4.1945) bis hin zum ersten Grundsatz-Programm der bayerischen Christdemokraten (5.9.1945) – die Einheit Deutschlands zu ihrem Ziel erklärt haben. Die Mehrheit der Deutschen blieb apathisch und apolitisch, „ihr galt die Sicherheit im engeren Bereich mehr“ (W. Besson 1970, S. 9). Ein deutsches Nationalbewußtsein, das stark genug gewesen wäre, die Politik der Besatzungsmächte in Richtung „Deutsche Einheit“ zu bestimmen, gab es nicht mehr und wäre, so können wir heute sagen, nach Auschwitz auch nicht vorstellbar gewesen. „Die politisch entmündigten und nach fast einem halben Jahrhundert ständiger Krisen auch politisch erschöpften Deutschen sind den Weg, der zur Gründung von Bundesrepublik und DDR führte, mitgegangen – im Westen, wo die 1945 sichtbar gewordene geistige und politische Annäherung zwischen Siegern und Besiegten fortwirkte, mehrheitlich in widerstrebender Freiwilligkeit, im Osten mehrheitlich in ohnmächtiger Ablehnung.“ Trefender, als es Hermann Graml (Ploetz. Das Dritte Reich, 1983, S. 229) mit diesem letzten Satz ausgedrückt hat, ist der politische Weg der Deutschen seit 1945 nicht zu beschreiben.

Die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte kennt eine Reihe von Wendepunkten, die Ende und Anfang in sich einschließen: 1648, das Ende des Dreißigjährigen Krieges gehört dazu, 1807, der Zusammenbruch Preußens vor den Heeren Napoleons, und auch 1918, als das Deutsche Reich sich am Ende des I. Weltkrieges geschlagen geben mußte, alles Tiefpunkte, denen ein neuer Aufstieg gefolgt ist. Am Ende dieser Reihe steht das Jahr 1945, dessen historische und politische Dimension erst richtig im Vergleich mit dem Jahr 1918 hervortritt. Der Vertrag von Versailles hat Deutschland nicht nur als ungeteilten Nationalstaat, sondern auch als potentielle Großmacht bestehen lassen. Die Beschlüsse von Potsdam dagegen haben Deutschland nicht einmal als Staat erhalten, sie haben es amputiert und – als Folge der Besatzungsherrschaft – auch geteilt. In Versailles stieß das besiegte Reich auf die Front der Westmächte, die an einer Erhaltung des deutschen Nationalstaates interessiert waren, nicht zuletzt deswegen, weil er einen Block gegen die aufkommende Macht der Sowjetunion bilden konnte. In Potsdam war eben diese Sowjetunion maßgeblich beteiligt, mit dem Ergebnis, daß sich die politischen und ideologischen Ziele von Ost und West in

Deutschland überschritten. Die inneren Voraussetzungen des jeweiligen Kriegsendes waren freilich sehr verschiedene: Der I. Weltkrieg war ein machtpolitischer Krieg, in dem die Ideologie noch nicht die entscheidende Rolle spielte; der II. Weltkrieg war in erster Linie ideologisch bestimmt, der nur mit der Vernichtung des Gegners enden konnte. Die deutsche Niederlage von 1945 war, anders als 1918, eine dreifache: eine militärische, eine politische und eine moralische, in deren Folge das deutsche Volk wegen der im deutschen Namen an anderen Völkern begangenen Verbrechen sein Recht auf eine eigene nationale Existenz verwirkt zu haben schien. So sehr die Singularität der Zielsetzungen des deutschen Nationalsozialismus seine völlige Vernichtung erforderte, so wenig gab es aber die Möglichkeit, daß die gegensätzlichen Wert- und Ordnungsvorstellungen von westlicher Demokratie und sowjetischem Kommunismus auf deutschem Boden einen politischen Ausgleich finden würden. Die deutsche Geschichte geht 1945 in eine neue Epoche über, die, wie Andreas Hillgruber es ausgedrückt hat, nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet ist, daß Deutschland hinter die Stufe der nationalen Einheit zurückgeworfen wird, und damit einen viel größeren Bruch mit seiner Vergangenheit erfährt als dies mit seinen ehemaligen Bündnispartnern Japan und Italien geschieht. Die Teilung Deutschlands war aber zugleich für seinen westlichen Teil die große Chance. Denn, so paradox dies erscheinen mag, die Aussicht, eine neue deutsche Demokratie aufzubauen, war hier 1945 größer als 1918. Die Weimarer Demokratie litt von Anfang an an den Folgen einer unvollendeten Revolution, die die Machtpositionen der alten, republikfernen Führungsschichten von ostelbischem Großgrundbesitz, westdeutschem Industriebürgertum, Verwaltung und Heer unberührt gelassen hatte; diese beharrenden Kräfte gab es 1945 nicht mehr oder sie waren ausgeschaltet. Hinzu kam, daß die negative Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur wie auch die Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme, wie sie sich im östlichen Teil Deutschlands abzeichnete, die parlamentarische Demokratie des westlichen Typus als einzige politische Möglichkeit erscheinen ließ. Die Deutschen im Westen haben sich für die westliche Demokratie entschieden, eine Option, die den Deutschen im Osten nicht vergönnt war. Folgt man umgekehrt den Argumenten der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR, so war es wieder nur einem Teil des deutschen Volkes gegeben, auf deutschem Boden einen sozialistischen Staat zu errichten und damit die historische Mission der deutschen Arbeiterklasse zu erfüllen. Die Geschichte des einheitlichen deutschen Nationalstaates scheint 1945 vorerst ein Ende gefunden zu haben; die zweite deutsche Demokratie sieht in diesem Jahr ihren Anfang.

### Literaturhinweise

#### I. Quellenausgaben

- U. Borsdorf u. L. Niethammer (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.  
M. Bourke-White: Deutschland April 1945 (Dear Fatherland Rest Quietly), München 1979.  
Jean Edward Smith (Hrsg.): The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945-1949. Vol. I-II, Bloomington/London 1974.

- E. Deuerlein (Hrsg.): DDR 1945-1970. Geschichte und Bestandsaufnahme, München <sup>3</sup>1971. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearb. von Th. Schieder, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Band I-V, Bonn 1954 (dtv-Nachdruck 1984).
- H.-A. Jacobsen: Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategie 1939-1945, Koblenz/Bonn 1977.
- K. Reppen: Über die Anfänge des CSU-Programms von 1945. In: Land und Reich, Stamm und Nation. Festschrift für Max Spindler zum 90. Geburtstag, München 1984, Band III, S. 459-471.
- U. Schneider: Zur Deutschland- und Besatzungspolitik Großbritanniens im Rahmen der Vier-Mächte-Kontrolle Deutschlands vom Kriegsende bis Herbst 1945. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 31, 1982, S. 77-112.
- R. Steininger: Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt a.M. 1983.

## II. Memoiren

- W. Dufner: Frühe Wegweisungen. Chronik einer alemannischen Jugend 1926-1950, Konstanz 1982.
- D. Güstrow: In jenen Jahren. Aufzeichnungen eines „befreiten“ Deutschen, Berlin 1983.
- G.F. Kennan: Memoiren eines Diplomaten, München 1971, 2 Bände.
- A. Speer: Erinnerungen, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1976.
- W. von Staden: Nacht über dem Tal. Eine Jugend in Deutschland, Düsseldorf/Köln 1980.
- G. Tellenbach: Aus erinnerter Zeitgeschichte, Freiburg i.Br. 1981.

## III. Darstellungen und Untersuchungen

- Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945 bis 1976. Redaktion: A.A. Gromyko und B.N. Ponomarew, Berlin (Ost) <sup>2</sup>1978.
- J.H. Backer: Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, München 1983.
- R. Badstübner u.a.: Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1984.
- W. Besson: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.
- W. von Buttlar: Ziele und Zielkonflikte der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945-1947, Stuttgart 1980.
- Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945-1949. Mit Beiträgen von A. Fischer, J. Foschepoth, R. Fritsch-Bournazel, D. Junker, W. Link und M. Overesch, Berlin 1984.
- Th. Eschenburg: Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart/Wiesbaden 1983 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1).
- J. Foschepoth u. R. Steininger (Hrsg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945-1949, Paderborn 1984.
- A. Hillgruber: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, Stuttgart <sup>2</sup>1983.
- W. Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985.
- Ch. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1983.
- H. Weber: Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980.
- Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München 1976.

## IV. Aufsätze

- K. Drechsler: Von der Antihitlerkoalition zum Kalten Krieg. Überlegungen zur Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der USA 1943 bis 1947/48. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 32, 1984, S. 847-854.